

Die Chancen der jungen Generation nicht verspielen

Am 21. Februar 1980 legte die Bundesregierung — wieder einmal verspätet — den fünften Jugendbericht vor. Er weist in begrüßenswerter Weise auf viele Mängel der von SPD und FDP zu verantwortenden Jugendpolitik hin. Die Fülle der aufgezeigten Mängel, der nicht eingehaltenen Versprechungen, der unerledigten Probleme sowie der falschen politischen Weichenstellungen lassen diesen Bericht zu einer einzigen Anklage gegen die Regierung werden.

Jugend als Sozialfall der Politik?

Nur wenige Zitate zeigen bereits den Ernst der entstandenen Situation auf:

„Jugendarbeitslosigkeit, Numerus clausus, Schulstreß sind brisante Themen der öffentlichen Diskussion. Diese Themen mit ihrer Ausstrahlung auch auf unmittelbar nicht betroffene Gruppen von Jugendlichen signalisieren, daß die Jugendphase heute zu einem Krisenphänomen geworden ist. Gleichgültig, wie man die Ursachen der obengenannten Probleme lokalisieren will: Als gemeinsamer Nenner von Jugendarbeitslosigkeit, Schulstreß und Problemen der Berufseinmündung läßt sich der in seiner Zukunft gefährdete, in seinen Lebenschancen unsicher gewordene, in seiner Gegenwart mit schwierigen Lebensverhältnissen konfrontierte junge Mensch ausmachen. Jugend wird mithin nicht mehr als Bezugsgruppe oder potentieller Träger einer Politik angesprochen, die durch Reformen gesellschaftlicher Verhältnisse ändern und verbessern will; Jugend ist vielmehr zum Sozialfall einer Politik geworden, die auf Krisenvermeidung, Abdeckung künftiger Risiken und Bestandswahrung aus ist. Diese Politik ... scheint nicht mehr von zukunftsweisenden Perspektiven bestimmt, sondern vielmehr von dem Zwang, immer mehr Gruppen sozialstaatlich so zu versorgen, um

deren Abrutschen in Randzonen und Problemgruppen der Gesellschaft zu vermeiden.“ Und weiter:

„Immer mehr Familien geraten unter Druck, weil sie einerseits größere Anstrengungen unternehmen müssen, um am steigenden Konsum unter sich verschlechternden wirtschaftlichen Bedingungen und bei seltener gewordenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt teilzuhaben; auf der anderen Seite steigen die Anforderungen an ihre Sozialisationsleistungen, insbesondere von seiten der Schule. Daraus folgt, daß die familiären Lebensverhältnisse für eine große Zahl von Kindern sich verschlechtern. Für viele Familien wird es immer schwieriger, diejenigen Bedingungen aufrechtzuerhalten oder zu sichern, die notwendig sind, um einigermaßen günstige Entwicklungschancen für die Kinder zu garantieren. Derartige Zusammenhänge dürfen auch bei der Diskussion zur Geburtenentwicklung nicht außer acht gelassen werden.“

Schließlich: „Vor diesem Hintergrund hat es den Anschein, als ob Kinder in unserer Gesellschaft immer wieder in jeweils anderen Hinsichten zu mehr oder weniger ignorierten ‚Opfern‘ gesellschaftlicher Entwicklungen werden, und zwar vor allem dann, wenn die politischen Antworten auf die jeweils neuen Probleme nicht wirksam und adäquat entwickelt und realisiert werden.“

An die Adresse der derzeitigen Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Frau A. Huber, schreibt der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Jugendpolitik“ der CDU, H. Kroll-Schlüter: „Die Union fordert nun mit Nachdruck und erneut ihren Rücktritt, weil sie die jugendpolitischen Weichen für die Zukunft falsch stellt. Es kommt aber letztlich nicht auf ihre Person an; sondern die Politik dieses Ministeriums ist der einsichtigste Grund dafür, warum ein grundlegender Wechsel in der politischen Verantwortung von der Regierung zur Opposition unerlässlich ist.“

Andererseits darf nicht verkannt werden, daß dieser Jugendbericht, der immerhin „einen Überblick über die gesamte Jugendhilfe vermitteln soll“ (§ 25 Abs. 2 JWG), in seinen Tendenzen als höchst fragwürdig zu bezeichnen ist. Gerade dort, wo Empfehlungen ausgesprochen werden, treten pseudomarxistische Vorurteile klar zutage.

So werden Jugendorganisationen als „Lernfeld für den politischen Ernstfall“ gekennzeichnet. Weiter wird von der Notwendigkeit gesprochen, „betriebliche Herrschaftsstrukturen durch solidarische Gegenmacht aufbrechen zu müssen“.

Die Arbeit der Kommission leidet an dem erheblichen Mangel, daß allzu massiv parteipolitische Präferenzen in die Arbeitsergebnisse eingeflossen sind. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß politische Standorte nachträglich durch gesiebte Fakten und ihre tendenziöse Aufbereitung abgestützt werden sollen. Der hohe wissenschaftliche Anspruch, der sich aus der Anlage des Berichtes, seiner

Wortwahl und seinen Verfassern ergibt, ist durch die ideologische Färbung der Darstellung erheblich verdünnt worden. Triebfeder der Argumentationen ist die durchgängige Forderung nach einer offensiv-sozialpolitischen Orientierung der Jugendhilfe-Administration. Aus der Hilfe für den Bürger — gerade auch für den jugendlichen Bürger — wird so ein Instrument ideologischer Indoktrination.

Jugendpolitische Weichen sind falsch gestellt

Der Bericht hat nicht verstanden, worum es heute in der Jugendpolitik gehen muß. Die junge Generation kann nicht in ihre Aufgabe als Träger des Fortschritts von morgen hineinwachsen, wenn die Weichen dafür bereits heute falsch gestellt werden. In der jüngsten Zeit hat im Bereich der jugendpolitischen Bestrebungen aller gesellschaftlichen Kräfte eine neue Weise des Fragens und des Suchens eingesetzt. Nie zuvor ist „Zukunft“ so stark in ihrem ungewissen, bedrohlichen und angstmachenden Aspekt erlebt worden wie heute.

An die Stelle hoffnungsvoller Erwartungen ist die Einsicht getreten, daß sich Fortschritt nicht beliebig multiplizieren läßt, daß wir uns ernsthaft fragen müssen, ob wir wirklich alles dürfen, was wir technisch können.

Und da Zukunft — zumindest rein quantitativ — am meisten der jungen Generation zukommt, ist aus der Sorge um die kommende Entwicklung ganz stark auch eine Sorge um die Jugend geworden. Diese Situation ist neu, und neu muß darum auch die Art und Weise sein, wie man politisch darauf reagiert.

Es wäre völlig verfehlt, wenn Jugendpolitik weiterhin vordergründig unter materiellem Aspekt abgehandelt würde. Ausbildung und Einkommen sind zwar entscheidende Grundlagen menschlicher Existenz, aber: sie geben dieser Existenz noch keinen Sinn, sie füllen sie nicht aus.

Jugendpolitik darf sich deshalb nicht erschöpfen in der Schaffung von Gesetzen, der Bildung von Organisationsstrukturen und der Verteilung von Mitteln. Jugendpolitik muß auch dafür verantwortlich gemacht werden können, daß die junge Generation die Befähigung erhält, frei und eigenverantwortlich ein sinn-erfülltes Leben zu führen.

Die Chancen dafür sind gegenwärtig wohl kaum als optimal zu bezeichnen. Diese Bundesregierung scheint nicht begriffen zu haben, welche Aufgabe sich hier stellt — oder sie ist unfähig, diese Aufgaben zu lösen.

Die Regierung steht hilflos vor den Problemen

Die Regierungskoalition aus SPD/FDP legte zu diesem Bericht eine Stellungnahme vor, die nicht anders als dürfsig zu bezeichnen ist. Die im Bericht aufge-

zeigten Mängel werden als unzutreffend verkürzt oder überzeichnet abgetan. Die Antwort dieser Bundesregierung auf die bedrängte Situation der jungen Generation besteht in dem fatalen Hinweis, daß es der Jugend früherer Jahrzehnte noch schlechter gegangen sei. „Die Probleme der heutigen Jugend werden im historischen Vergleich überzeichnet.“

Am Ende ihrer Stellungnahme stiehlt sich die Bundesregierung vollends aus der Verantwortung. Sie kapituliert hilflos vor den Problemen und verweist auf die Pflicht der Eltern zur Pflege und Erziehung der Kinder.

Ausgerechnet diese Regierung, die in bisher unbekanntem Ausmaß Gesetze geplant und geschaffen hat, welche die Einflußmöglichkeiten des Staates in die Familie und ihre Erziehung hinein ermöglichen, versucht nun, die Verantwortung, welche sie an sich gerissen hatte, eben dieser Familie wieder zuzuschreiben.

Nun, da die Bilanz einer solchen Praxis gezogen werden soll, wird die Schuld falscher Weichenstellungen wieder auf die Familie abgewälzt. Hier wird das ganze Ausmaß der jugendpolitischen Unfähigkeit dieser Regierungskoalition deutlich. Sie hatte die Gesellschaft für die Erziehung „mitverantwortlich“ machen wollen, da „Eltern und andere Erziehungspersonen nicht gleichermaßen in der Lage sind, die Bedingungen für die Entwicklung der Kinder optimal zu gestalten“ (Jugendpolitische Leitsätze der SPD). Sie hatte versprochen, „die Familien von Aufgaben zu entlasten, die kooperativ oder öffentlich besser erfüllt werden können“ (Orientierungsrahmen '85).

Die entscheidende Konfliktlinie

Der entscheidende Unterschied in der Jugendpolitik der Parteien ist das unterschiedliche Verständnis der Familie. Vom Verständnis der Familie hängt es ab, welche Maßnahmen eine Partei zur Förderung der Kinder und Jugendlichen unternimmt.

- Geht man davon aus, daß Ehe auf Lebenszeit hin angelegt sein sollte, dann wird man Gesetze schaffen, welche die Beständigkeit einer Ehe absichern helfen.
- Das Verständnis der Ehe als Gemeinschaft auf Lebenszeit bedeutet für die Jugendpolitik, daß grundsätzlich alle Maßnahmen darauf angelegt sein müssen, den Erhalt der Familie zu sichern, statt Tendenzen zu fördern, welche in Konkurrenz zur Familie treten könnten.
- Unter diesen Voraussetzungen werden die politischen Lösungen der Hilfen für gefährdete Jugendliche immer darauf hinauslaufen, daß die Familie als Erziehungsinstitution gestärkt wird.

— Umgekehrt kann eine Politik, welche von den gerade gegebenen Umständen ausgeht, ganz anders argumentieren. Wenn man — wie in den Jugendpolitischen Leitsätzen der SPD — feststellt, daß „unterschiedlichste Formen des Zusammenlebens von Erwachsenen mit Kindern“ vorliegen, dann muß man von einem solchen Ansatz her konsequent fragen: Was braucht der einzelne, der in einer solchen mehr oder minder festen Beziehung lebt? Welche Rechte muß ich fördern, und welche Maßnahmen muß ich planen, um Mann, Frau, Junge und Mädchen gerecht werden zu können?

Im einen Fall ist der Jugendliche, für den Politik gemacht werden soll, Teil einer Lebensgemeinschaft, nämlich der Familie. Solche Jugendpolitik hat Ehe und Familie als übergeordneten Wert im Blick. Im anderen Fall ist dieser Wert zeitbedingten Schwankungen unterworfen; ein extremes Beispiel bietet dafür der Entwurf des Wahlprogramms der FDP, in dem auch homosexuelle Lebensgemeinschaften als familienähnliche Institution anerkannt werden.

Von solchem Ansatz her aber sieht Jugendpolitik ganz anders aus: Jetzt stehen der einzelne und seine Rechte und Bedürfnisse im Mittelpunkt; die Familie tritt dagegen zurück oder wird sogar zum Konfliktfeld der individuellen Interessen. So ist es nur logisch, wenn die Jugendpolitischen Leitsätze der SPD formulieren: „Die Familie ist eine wichtige, aber nicht die alleinige Sozialisationsinstanz.“ Einmal abgesehen von diesem erschreckenden Vokabular der Sozialtechnokratie, beschreibt dieser Satz am prägnantesten die unterschiedlichen Denkansätze.

Was für die CDU „der erste und wichtigste Ort individueller Geborgenheit“ ist, gilt der SPD als „eine wichtige, aber nicht die alleinige“ Form.

Darum stellt die SPD die Rechtsansprüche des einzelnen Jugendlichen massiv in den Vordergrund, und zwar so stark, daß daraus sogar ein Anspruch des Jugendlichen gegen die Familie werden kann. Die Eltern-Kind-Beziehung wird hier als ein Rechtsanspruch des Kindes gegenüber seinen Eltern verstanden: „Nach Auffassung von Sozialdemokraten ist es daher erforderlich, altersgemäße Rechte für Kinder und Jugendliche zu etablieren, die vor allem im Konfliktfall mit den Eltern an Bedeutung gewinnen. Jugendliche müssen z. B. das Recht haben, sich an das Vormundschaftsgericht zu wenden, um Entscheidungen ihrer Eltern ... überprüfen zu lassen.“

Mit Recht wird man hier behaupten dürfen, daß jedwede jugendpsychologische Einsicht über Elternbindung, Konflikt erfahrung und Leitbildentwicklung über Bord geworfen wird. Die Konsequenz eines solchen Verständnisses bedeutet die Preisgabe der Familie; der Staat mit seinen zuteilenden Rechten maßt sich an, die entscheidende Erziehungsinstanz zu sein.

Fragwürdige Wahlaktik der SPD

Unter der Überschrift „Die junge Generation braucht die Solidarität der Gesellschaft“ beschreibt der Entwurf für das Wahlprogramm der SPD 1980 die jugendpolitischen Vorstellungen.

Auffällig ist der anbiedernde Grundton dieses Abschnitts. Er beginnt mit der durchaus richtigen Feststellung, daß unsere Gesellschaft auf die Mitarbeit und das Engagement der jungen Generation angewiesen sei.

Das führt aber bei der SPD zu der taktierenden und somit höchst unredlichen Forderung, die Generation der Erwachsenen solle eine stark pointierte Haltung des Nachgebens und Gewährenlassens einnehmen.

Kritik der Jugend soll als „natürliches Bemühen der nachfolgenden Generation verstanden werden“ und als „Chance zu neuen Lebenseinstellungen und zu einer neuen Qualität mitmenschlicher Beziehungen“. Gefordert sind hier einzig die Älteren; sie „müssen Vertrauen in die Jugend haben“.

So richtig es ist, daß zu keiner Zeit die Nachwachsenden ohne Auseinandersetzungen das akzeptieren konnten, was ihnen vorgelebt wurde, so fragwürdig ist doch der hier eingeschlagene Weg, Solidarität allein den Erwachsenen anzulasten. Gegen alle Lebenserfahrung sollen sie hinnehmen, was die junge Generation für richtig hält.

Daß der Jugendliche auch der sinnvollen Orientierung bedarf, an der er seine eigenen Lebensentwürfe ausrichten kann, bleibt unberücksichtigt. Völlig einseitig wird sogar unterstellt, daß Erwachsene solche Orientierungen gar nicht geben könnten, da sie zu sehr „unsere heutige Freiheit an der Unfreiheit der Vergangenheit ... messen“. Geschichtliche Erfahrung wird auf diese Weise als nutzlos hingestellt.

In dieser Sicht können die tieferen Zusammenhänge zwischen Orientierungslosigkeit und Sinnleere, Rückzug ins Private und Flucht in Drogen oder alternative Subkulturen nicht erfaßt werden. Wer so argumentiert, ist unfähig, der Jugend sinnvolle Zukunftschancen zu eröffnen. Wie ein düftiger, redaktioneller Zusatz der letzten Stunde wirkt das Ende des Abschnitts, wo festgestellt wird, die junge Generation müsse „auch ihren Teil an Verantwortung tragen“. Mit dieser bloßen Feststellung ist noch nichts gesagt.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier eine Partei werbend an die jungen Bürger herantritt wie der Rattenfänger von Hameln. Es ist eine unredliche Taktik, dem Jugendlichen zu suggerieren, daß seine Ansichten akzeptabel, die Erwachsenen aber auf jeden Fall „zu vordergründig am Wohlstand orientiert“ seien. Die SPD sucht Jungwählerstimmen durch Generationenschelte zu gewinnen.

Eine Lobby für die Jugend

Die Probleme und Mängel, welche der Jugendbericht aufzeigt, sind allesamt nicht neu. Schlimmer noch: Sie sind nicht einmal umfassend dargestellt, und die Verbesserungsvorschläge der berichtenden Kommission wie auch der Regierung bleiben diffus, widersprüchlich und konzeptionslos. Ein Ergebnis zumindest hat dieser 5. Jugendbericht erschreckend deutlich gemacht: Die jungen Bürger unseres Staates haben in dieser Regierung keine Lobby, die imstande wäre, ihre Zukunftschancen zu sichern.

Wieder einmal zeigt sich, daß die SPD/FDP-Koalition nicht in der Lage ist, sich aus ideologischen Verhärtungen zu lösen und eine Politik zu betreiben, welche dem Ernst der Lage angemessen ist. Die bessere Sachkompetenz hat die Union.

Während die FDP lediglich ein blumiges „Kinderprogramm“ (1979) und die SPD „Jugendpolitische Leitsätze“ (1979) mit geradezu gefährlichen gesellschaftspolitischen Ansätzen vorlegten, hat die CDU als moderne Programmpartei ihre Ziele klar abgesteckt:

- In dem Grundsatzprogramm von 1978 geht sie in der Jugend- und Familienpolitik von einem betont werhaften Ansatz aus und nicht vom zeitbedingten, modischen Trend. Im Gegensatz zur SPD stellt sie den Menschen über das System.
- In dem „Programm zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugend“ (1978) legte sie ein umfassendes Konzept vor, das realistische und überzeugende Wege in eine ungefährdete Zukunft der jungen Generation beschreibt.
- Mit den Initiativen zur Familienpolitik und der „Entschließung zum Internationalen Jahr des Kindes“ verfügt sie über ein tragfähiges Programm zur Stärkung der Familie und zum Schutz der in ihnen heranwachsenden Kinder und Jugendlichen.
- Im „Programm zur Sicherung und Weiterentwicklung des Ausbildungsplatzangebotes und zur Verbreitung der Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche“ wurde das Berufsgrundbildungsjahr gefordert. Entsprechende Maßnahmen wurden in den CDU-geführten Bundesländern bereits ergriffen. Besondere Förderung erfahren Ausbildungsgänge für zukunftsorientierte Berufstätigkeiten.
- Die „Thesen zur inneren Sicherheit“ gehen das Problem der Jugendkriminalität unter dem Gesichtspunkt der präventiven Hilfe an. „Es ist besser, die Jugendlichen vor dem Strafbarwerden zu bewahren, als sie bestrafen zu müssen.“ Den Aufgaben der Polizei wird in diesem Bereich ein nur „subsidiärer Charakter“ zubemessen.

Die Bundesregierung betreibt hier eine bewußte Verharmlosung und Vertuschung der wirklichen Verhältnisse, wenn sie z. B. das Ansteigen der Delikte

bagatellisiert durch den Hinweis auf die geringe materielle Schadenshöhe. Die Statistiken verdeutlichen den Ernst der Lage: In den letzten zehn Jahren stieg die Kriminalität in der Gruppe der 14—17jährigen um 50,4 %!

Die CDU setzt sich vor allem ein für die Ermöglichung einer sinnvollen Freizeitgestaltung der Jugendlichen und ihrer pädagogischen Betreuung.

● In einem eigenen „Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Betäubungsmittelrechtes“ hat die Union umfassende Vorschläge gemacht, um Jugendliche wirksam vor Rauschmitteln, Alkohol und Drogen schützen zu können. Dieser Entwurf lehnt das von der Regierungskoalition geplante Experiment „Therapie statt Strafe“ ab, da sich beides nicht widerspricht, sondern ergänzt. Angesichts dieses Problems verbieten sich alle ungewissen Versuche; hier ist der Einsatz aller staatlichen Möglichkeiten gefordert.

● Das Versagen der SPD/FDP-Regierung trifft heute besonders die Stiefkinder der Reformen: Die Schüler der zur „Restschule“ verkümmerten Hauptschule, die ausländischen Jugendlichen, die Lernschwachen und Behinderten blieben im Schatten der Politik. Ihre Probleme kennzeichnen die „Neue Soziale Frage“ im Bereich der Jugendpolitik. Besondere und vornehmste Pflicht unserer Gesellschaft aber ist es, denen zu helfen, die auf fremde Hilfe angewiesen sind. In allen Programmen hat hier die Union einen besonderen Schwerpunkt gesetzt.

● Gerade unter dem Gesichtspunkt der Zukunftssicherung der jungen Generation vertritt die Union den Standpunkt, daß der notwendige Ausbau neuer Energieträger nicht verschleppt und damit die Chancen der Jugend für eine menschenwürdige Zukunft in verantwortungsloser Weise gefährdet werden dürfen. Aus der gleichen Sorge heraus läßt sich die Union allerdings in ihrem Bemühen um die Sicherheit der neuen Techniken von keinem übertreffen.

● Die CDU hält daran fest, daß unser freiheitlich-demokratischer Staat das Vertrauen der Jugend verdient. Nach ihrer Auffassung wird das Gebot der Solidarität erst dann erfüllt, wenn es auch zwischen Machtungleichen, also zwischen Alten und Jungen gilt.

Eine Gesellschaft, die überleben will, darf nicht den Generationenkonflikt zum Prinzip erheben. Unser Ziel ist ein gemeinsames Verständnis der grundlegenden Wertentscheidungen, die unser Volk zu einer Gemeinschaft verbinden. Dazu gehört auch ein Verständnis für unsere Geschichte mit ihren Licht- und Schattenseiten. Eine Jugend, die ihre Geschichte kennt, wird mehr Bereitschaft zeigen, die Verantwortung für eine Zukunft in Freiheit zu übernehmen.